

Kurzprotokoll der Sitzung des Planungsausschusses vom 15.05.2023

Beginn: 19:32 Uhr
Ende: 20:11 Uhr

Ort: Großer Ratssaal

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Sara Hoffmann-Cumani, Ulrike Haerendel, Joachim Krause, Bastian Dombret, Jürgen Ascherl, Manfred Kick, Salvatore Disanto, Albert Biersack, Florian Baierl, Michaela Theis, Walter Kratzl, Daniela Rieth, Josef Euringer
Verwaltung: Frau Knott
Zuschauer: Vier Zuschauer

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Götz wird von Sara vertreten, Herr Landmann wird von Frau Rieth vertreten, Herr Grünwald von Herrn Baierl und Herr Furchtsam von Herrn Disanto.

TOP 2: Erweiterung bzw. Austausch und Erweiterung NSHV bei den Objekten Rathaus der Stadt Garching b. München und dem Schulkomplex St. Severin - Straße 3 mit Grundschule West und Max-Mannheimer-Mittelschule (Leuchtturm-Projekt)

Die Preise haben sich wegen der gestiegenen Nachfrage erhöht.

Der Beschlussvorlage, die Verwaltung mit der Vergabe zu beauftragen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 3: Bebauungsplan Nr. 194 "Verlängerung Daimlerstraße Richtung Süden"; Änderung des Verfahrens

Der westliche Grünstreifen wird in den Bebauungsplan Nr. 188 verschoben. Deshalb ändern sich die Grundzüge der Planung.

Der Beschlussvorlage, den Bebauungsplan Nr. 194 nach §13a BauGB durchzuführen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4: Bebauungsplan Nr. 175 "Wohnen am Bürgerpark"; Würdigung der i. R. d. Auslegung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Freigabe für das weitere Verfahren

Der jetzige Baumbestand werden komplett entfernt, Bäume erster Ordnung können im Baugebiet nicht mehr wachsen. Der Eingrünung wegen wird die Tiefgarage verkleinert. Die Privatsphäre der Gärten soll durch die Eingrünung gewahrt werden. Ich spreche mich gegen Duplexgaragen aus, aber sie waren schon vorher geplant, es werden jetzt nur zwei mehr. Ulrike begrüßt die veränderte Planung. Herr Euringer bemerkt, dass es die angegebenen Dachflächenfenster nicht angeboten werden. Er schlägt deshalb die Beschränkung auf drei Fenster ohne Maßangabe vor. Die Gauben sollten als Schleppgauben definiert werden. Frau Knott meint, dass der Vorhabensträger das so beantragt hat. Es sollten Gauben nur auf einer Seite zulässig sein, Fenster auf der anderen. Die Dachflächenfenster sollen wegen der Photovoltaik im Süden angeordnet werden. Herr Kratzl unterstützt die Einwände des Ortschronisten und fordert einen eigenen Fuß- und Radweg. Bastian meint, dass der Fuß- und Radweg zu schmal wäre. Er fragt, ob es auch überdachte Fahrradständer gibt. Frau Knott antwortet, dass dies im Bereich der Arkaden der Fall ist. Sara fragt, wie der Hüterweg von zu viel Baustellenverkehr geschützt werden kann. Frau Knott möchte das mit dem Bauträger besprechen. Die Autos, die die Tiefgarage verlassen, können vor dem Hüterweg anhalten. Sara fragt, ob Bäume verpflanzt werden können, was verneint wird.

Der Beschlussvorlage, die Einwände zu würdigen und den geänderten Bebauungsplan für die Auslegung freizugeben, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen, der Grünen und der BfG zugestimmt.

TOP 5: Stellungnahme der Stadt Garching zum Bebauungsplan Nr. 162 "Mehrgenerationenwohnen Lohhof-Süd" der Stadt Unterschleißheim im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 i. v. mit § 4a Abs. 2 BauGB

Die Stadt Unterschleißheim hat die Gutachten zum Sondergebiet Abfallbeseitigung berücksichtigt.

Der Beschlussvorlage, keine Stellungnahme abzugeben, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6: Antrag auf Errichtung eines Interimsparkplatzes in der Friedrich-Ludwig-Bauer Straße, Fl.Nr. 1885

Abgesetzt.

TOP 7: Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind

Keine.

TOP 8: Mitteilungen aus der Verwaltung

Wegen des Windrads hat das Verwaltungsgericht einen Gerichtstermin für den 26.10.2023 anberaumt.

TOP 9: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Ulrike fragt, was beim autofreien Sonntag der Sachstand ist. Sie schlägt die Umgehungsstraße als Ausweichroute zur Autobahn vor. Die Autobahndirektion hat kurzfristig Einspruch gegen die bereits erzielte Übereinkunft eingelegt, weil der Belag der Autobahn ausgetauscht wird. Die Staatsstraße wird als Haupt-Ausweichroute verwendet werden, wenn die Zufahrt auf die Autobahn nicht möglich ist. Die Entscheidung wird das Landratsamt fällen. Frau Rieth zitiert die Ablehnung des Landratsamtes.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*